

Arbeitgeber gründen Internet-Vermittlungsplattform

Im Jahr 2009 hat sich die Situation hinsichtlich der Verfügbarkeit von osteuropäischen Saisonarbeitskräften im Vergleich zum Vorjahr deutlich entspannt. Diese positive Entwicklung ist allerdings nur eine Momentaufnahme.

Die Konjunkturkrise, die Stärke des Euro gegenüber der polnischen und rumänischen Währung und die besonderen Bemühungen der Landwirte um Saisonarbeitskräfte haben zu dieser Entwicklung maßgeblich beigetragen. Auch konnten nach Änderung der Beschäftigungsverordnung ausländische Saisonarbeitskräfte ab dem 1. Januar 2009 sechs Monate – davor waren es bis zu vier Monate – im Jahr als Erntehelfer beschäftigt werden.

Die Gewinnung osteuropäischer Saisonarbeitskräfte in der Land- und Forstwirtschaft wird sich in den nächsten Jahren aber vermutlich eher erschweren. Nachdem die Bundesregierung im Frühjahr die Arbeitnehmerfreizügigkeit für die Bürger aus den zum 1. Mai 2004 der EU beigetretenen Staaten (z. B. Polen) zunächst weiter hinaus geschoben hatte, wird diese nun verbindlich zum 1. Mai 2011 umgesetzt. Die Arbeitnehmerfreizügigkeit für Bürger u. a. aus Rumänien und Bulgarien wird vermutlich zum 1. Januar 2012 eintreten. Mit der Umsetzung der Arbeitnehmerfreizügigkeit entfällt die Privilegierung der Landwirtschaft für die Beschäftigung mittel- und osteuropäischer Saisonarbeitskräfte. Ab Mai 2011 erhalten also z. B. polnische Arbeitnehmer die Möglichkeit zur langfristigen Arbeitsaufnahme in nahezu allen Branchen in Deutschland. Die Landwirtschaft steht dann in einer ganz besonderen und auch noch nie dagewesenen Konkurrenzsituation. Das Vermittlungsverfahren der Bundesagentur für Arbeit für polnische Saisonarbeitskräfte wird gänzlich entfallen. Zusätzliche bilaterale Verträge zwischen Deutschland und weiteren Drittstaaten zur Vermittlung von Erntehelfern aus der Ukraine oder Weißrussland wird es nach dem derzeitigen Willen der Politik nicht geben, obwohl die Arbeitgeber entsprechendes immer wieder gefordert hatten. Jeder Betrieb muss daher alle Möglichkeiten zur Bindung bewährter Kräfte und zur Gewinnung von neuen Saisonarbeitskräften nutzen. Es gilt, für voraussichtliche Ausfallquoten schnellstmöglich Ersatz zu akquirieren.

Eine neue und kostengünstige Hilfe bietet dabei eine vom Arbeitgeber-Gesamtverband und seinen Mitgliedsverbänden errichtete Internetplattform. Über die Internetseite www.saisonarbeit-in-deutschland.de sowie die entsprechenden Internetseiten in Polen, Rumänien und Bulgarien erhalten die Landwirte die Möglichkeit, ihren Betrieb einfach, schnell und kostengünstig in der jeweiligen Landessprache interessierten Saisonarbeitskräften vorzustellen. Darauf basierend kann eine gegenseitige Kontaktaufnahme herbeigeführt werden. Weiterführende Informationen zur neuen Dienstleistung sind bei der Land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgebervereinigung Niedersachsen e. V. erhältlich. Betreiber der Internetplattform ist

die vom Arbeitgeber-Gesamtverband für diesen Zweck gegründete SinD-GmbH.

Im Bereich der allgemeinen Tarifpolitik der Arbeitgebervereinigung wurde mit dem Land- und Forstwirtschaftlichen Angestelltenbund im März 2009 ein neuer Gehaltstarif für die Angestellten abgeschlossen, der ab dem 1. April 2009 eine Entgelterhöhung von drei Prozent sowie ab dem 1. April 2010 eine weitere Erhöhung der Gehälter um zwei Prozent vorsieht. Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit bis zum 31. März 2011. Für den Bereich der Landarbeiter läuft der aktuelle Lohntarifvertrag noch bis zum 31. März 2010. Eine Gehaltsanpassung für die privaten Forstangestellten wird im Winter 2009 verhandelt. Für Saisonkräfte, die beispielsweise Spargel oder Erdbeeren ernten, sind ab 1. Januar 2010 je Stunde 6,35 Euro brutto zu vergüten, bei erheblich leichteren Arbeiten 6,05 Euro brutto. Alle abgeschlossenen Tarifverträge sind über die Bezirksverbände oder direkt bei der Hauptgeschäftsstelle in Hannover abrufbar.

Der Arbeitsplatz Landwirtschaft bietet mehr denn je attraktive Möglichkeiten für leistungsfähige und leistungsbereite qualifizierte Fachkräfte, die in vielen Betrieben schon jetzt dringend gebraucht werden. Leider blieben in 2009 dennoch viele Ausbildungsplätze unbesetzt. Auf der Arbeitgeber-Delegiertenversammlung vom Juni 2009, die bei der Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen der Bundesagentur für Arbeit stattfand, wurde deutlich, dass die Landwirtschaft im Branchenvergleich als weniger krisenanfällig einzuordnen ist und mit diesem Attribut verstärkt auch im Rahmen von Weiterbildung und Berufsinformation gewonnen werden sollte.



Peter Zanini
Geschäftsführer
Arbeitgeberverband

Impulse geben

Die Land- und forstwirtschaftliche Arbeitgebervereinigung Niedersachsen e.V. in Hannover und der Oldenburger Schwesterverband Agrar, Genossenschaften, Ernährung Nordwest sind tarifpolitisch für über 4.000 landwirtschaftliche Arbeitgeberbetriebe zuständig, die insgesamt über 8.000 Fremdarbeitskräfte und Auszubildende beschäftigen. Hinzu kommen die jährlich etwa 40.000 nach Niedersachsen vermittelten ausländischen Saisonarbeitskräfte.

Gemeinsam mit dem Gesamtverband in Berlin sollen auch in 2010 tragfähige Lösungen vermittelt, Fehler aufgezeigt und im Sinne der Betriebe Impulse zu gesetzgeberischen Verbesserungen gegeben werden.



Im Berichtsjahr nahmen neben der gewohnten arbeitsrechtlichen Beratung insbesondere das Thema einer möglichen Kurzarbeit in der Landwirtschaft und die Hilfestellung bei vertraglichen Abreden zu der zum 31.12.2009 auslaufenden Altersteilzeitregelung breiten Raum ein. Unter anderem waren hier erhebliche Anstrengungen nötig, den Bereich der Land- und Forstwirtschaft vollständig in die Kurzarbeiterregelung mit einzubeziehen. Vielen Betrieben

wurde Hilfestellung geleistet, wenn es um die Möglichkeiten einer dauerhaften Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften ging. Weiterhin arbeiten wir beständig daran, dass auch nach Inkrafttreten von Mindestarbeitsbedingungen- und Entsendegesetz Löhne und Gehälter in der Landwirtschaft nicht durch staatliche Lohnpolitik, sondern durch die Tarifpolitik der Arbeitgeberverbände mit ihren Sozialpartnern gestaltet werden.

Jagdrecht in trockenen Tüchern?

Das Bekenntnis der neuen Bundesregierung, mit der Koalitionsvereinbarung vom Oktober 2009 das Bundesjagdgesetz grundsätzlich in seiner jetzigen Form zu erhalten, ist erfreulich, macht eine intensive jagdpolitische und eigentumsrechtliche Interessenvertretung auf Landesebene aber nicht entbehrlich.

Mit ihrem Bekenntnis zum Bundesjagdgesetz tritt die Bundesregierung auch gelegentlichen Forderungen entgegen, die flächendeckende und gemeinwohlorientierte Jagdausübung in ihrer eigentumsrechtlichen Bedeutung abzuwerten. Bereits im Zuge der Diskussionen um ein neues Umweltgesetzbuch hatten der Zentralverband der Jagdgenossenschaften und Eigenjagden in Niedersachsen e.V. (ZJEN) und weitere Verbände zäh darum ringen müssen, dass Jagdrechtsinhaber und Grundeigentümer aufgrund der neuen Gesetzgebungsvorhaben keine weiteren Rechtseinschränkungen erfahren mussten. Diese An-

strengungen haben letztlich zum Erfolg geführt und schlagen sich jetzt auch im neuen Bundesnaturschutzgesetz nieder, das im Frühjahr 2010 in Kraft tritt. Dort ist festgeschrieben, dass

die umfassende Trennung der Rechtskreise Jagd- und Naturschutz auf Bundes- und Landesebene auch zukünftig erhalten bleibt. Bei einem Wegfall oder einer Einschränkung dieser Klausel hätte über das Bundesnaturschutzgesetz zum Beispiel unmittelbar Zugriff auf den Katalog der dem Jagdrecht unterliegenden Tierarten genommen werden können.

Mit der Föderalismusreform von 2006 und der Abschaffung der Rahmengesetzgebung haben die Bundesländer die Möglichkeit erhalten, sowohl das Jagdrecht als auch weite Teile des Naturschutzrechts landesspezifisch zu regeln. Der politischen Diskussion und Gestaltung auf Landesebene kommt deshalb ganz besondere und gesteigerte Bedeutung zu. Der ZJEN mit seinen rund 3.500 Jagdgenossenschaften und Eigenjagdbesitzern ist für diese Aufgabe bestens gerüstet. Mit Landwirtschafts- und Umweltministerium steht der Verband im konstruktiven und regelmäßigen Dialog. Die Bemühungen um die Werbung neuer Mitglieder, so der wiedergewählte ZJEN-Präsident Bern-

hard Haase, dürften dennoch nicht nachlassen, denn nur im großen Verbund lassen sich Interessen wirksam vertreten.

Ein gänzlich anderes Thema sind die in den vergangenen Jahren extrem angestiegenen Schwarzwildbestände, die nun auch viele ehemals schwarzwildfreie Gebiete Niedersachsens erreicht haben. Veterinäre warnen vor der gestiegenen Gefahr einer Schweinepest-Übertragung. Gleichzeitig haben die Schäden an landwirtschaftlichen Kulturen stark zugenommen. Eine unbedingte und intensive Schwarzwildbejagung ist landesweit erklärtes Ziel und Gebot der Stunde. Für eine effektive Bejagung muss es nach Meinung des ZJEN einen intensiven Informationsaustausch zwischen Jagdgenossenschaften, Landwirten und Jagdpächtern über entstandene Wildschäden, deren Vermeidung, Gefährdungssituationen und Bejagungsstrategien geben. Wichtig sind ortsangepasste Lösungen, die sich beispielsweise in kleinen revierbezogenen Arbeitsgruppen konkret besprechen lassen.

Im Berichtsjahr wurden vermehrt die bewährten Regelungen zum Wildschadensersatz im Jagdpachtvertrag zur Diskussion gestellt. Jagdgenossenschaften und Eigenjagdbesitzer müssen dabei wissen, dass sie selbst in Haftung geraten, wenn sie die Wildschadensersatzpflicht im Jagdpachtvertrag nicht vollständig auf die Jagdpächter übertragen. Der ZJEN berät seine Mitglieder ausführlich zur Pachtvertragsgestaltung und musste immer wieder darüber aufklären, dass im Falle der Eigenhaftung die Jagdgenossenschaft notfalls eine Mitgliederumlage erheben muss, ohne aber auf die tatsächliche Bejagung irgendwelchen Einfluss nehmen zu können.

Eine vom Niedersächsischen Landwirtschaftsministerium im Februar 2009 eingerichtete „Arbeitsgruppe Wildschäden“ hat sich unter Einbeziehung von Jägern, Grundeigentümern und Landwirten ebenfalls der Diskussion über Wildschadensvermeidung, Aspekte der Wildschadenshaftung und der Verbesserung der jagdlichen Infrastruktur angenommen.

Eine unbedingte und intensive Schwarzwildbejagung ist landesweit erklärtes Ziel und Gebot der Stunde.

Auf dem „Ersten niedersächsischen Waldgipfel“ und Folgeveranstaltungen wurde über ein Leitbild für den niedersächsischen Wald und die mit ihm verbundene Forst- und Holzwirtschaft diskutiert. Eine Forderung nach „Wald vor Wild“ wird vom ZJEN als pauschales Leitbild nicht mitgetragen. Derartige Formeln führen zu einer fehlenden Differenzierung der in Niedersachsen sehr vielschichtigen Wald-Wild-Problematik und zu möglichen Verständigungsproblemen. Wild ist auch ein Teil der Dynamik von Ökosystemen und soll nicht als Stör- oder Schadenfaktor herab gewürdigt werden. Erforderlich ist aus Sicht des ZJEN ein angepasstes Wald-Wild-Management unter Einbeziehung auch von Jagdwertgesichtspunkten.

Das vereinseigene Mitteilungsblatt „ZJEN-Informationen“ unterrichtet die Mitglieder regelmäßig über alle weiteren Verbandsaktivitäten und politischen Diskussionen. Neueste Nachrichten, Merkblätter, Tagungsprotokolle und Jagdpachtverträge finden Sie unter www.zjen.de im Internet.

Jede Jagdgenossenschaft ist zum Führen eines aktuellen Jagdkatasters verpflichtet. Seit einiger Zeit

Mitglieder sind immer im Bilde

Merkblätter und Informationen zur Auszahlung des Jagdgeldes, zu befriedeten Bezirken, zu Reitern und freilaufenden Hunden im Jagdrevier, zu jagdwirtschaftlichen Einrichtungen, zur Neuanlage und Pflege von Hecken und Gehölzen sowie Jagdpachtverträge, Mustersatzungen und Jagderlaubnisscheine hält der ZJEN für seine Mitglieder bereit. Diese können kostenlos bei der Geschäftsstelle in Hannover, Tel. 0511-3670448, angefordert werden.

bietet der Verband seinen Mitgliedern hierfür das vollständig neu programmierte PC-Programm Jagdkataster 2.0 an. Ab Februar 2010 ist nunmehr ein zusätzlicher Programm-Baustein mit digitaler Karte (GIS-Modul) ergänzend im Angebot. Damit wird eine Grundstücks- und Kartenansicht des gesamten Jagdbezirks am PC ermöglicht. Auf Anfrage wird interessierten Jagdgenossenschaften eine Demo-Version des Jagdkatasters 2.0 mit GIS zur Verfügung gestellt. Langfristig ist eine weitere Fortschreibung des Programms zur Verwaltung von Feldmarkinteressensschaften und Realverbänden vorgesehen. *Peter Zanini, Geschäftsführer ZJEN*

Kooperation mit Landwirten garantiert Kontinuität

Mit einigen wenigen Flächen im Landkreis Nienburg fing es im Jahr 1998 an. Mittlerweile sind über 120 ha Grünland in verschiedenen Landkreisen Niedersachsens in der Obhut der Stiftung Kulturlandpflege. Der überwiegende Teil davon sind Kompensationsflächen, die von Landwirten unter Naturschutzauflagen bewirtschaftet werden.

Die Stiftung Kulturlandpflege des Zentralverbandes der Jagdgenossenschaften und Eigenjagden in Niedersachsen (ZJEN) sorgt zusammen mit den bewirtschaftenden Landwirten dafür, dass diese Flächen ihren Kompensationszweck erfüllen und zugleich als landwirtschaftliche Nutzfläche ein Teil unserer Kulturlandschaft bleiben

Seit 2009 besteht auf Initiative des niedersächsischen Niedersächsischen Umweltministeriums eine Arbeitsgruppe, die sich mit neuen, flächensparenden Modellen bei der Umsetzung von Kompensationsmaßnahmen befasst. Aktueller Anlass sind die Planungen zur Autobahn 39; aber auch andere Vorhaben sollen in das Modellprojekt integriert werden können.

Die Stiftung Kulturlandpflege setzt sich im Rahmen des Projektes dafür ein, Kompensationsgelder verstärkt im Vertragsnaturschutz einzusetzen. Dies kann geschehen durch die Aufwertung bestehender Biotopflächen oder im Rahmen der „Produktionsintegrierten Kompensation (PIK)“. Diese Varianten des Vertragsnaturschutzes haben den Vorteil, dass

- die Flächen nicht angekauft werden müssen,
- nicht dauerhaft aus der landwirtschaftlichen Nut-

zung ausscheiden und

- jeder Landwirt frei entscheidet, ob er sich an dem Programm beteiligen und diese alternative Einkommensquelle nutzen möchte.

Produktionsintegrierte Maßnahmen auf Acker - darunter fallen Blühstreifen, Brachestreifen, vergrößerte Saatreihenabstände etc. - können bereits mit wenig Flächeneinsatz eine spürbare Lebensraumverbesserung für die Feldbrüter und das Niederwild hervorbringen.

Die Schaffung einer Gleichrangigkeit des Ersatzgeldes mit Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen durch den Gesetzgeber, wie sie vom Landvolk Niedersachsen gewünscht wird, könnte diesen alternativen, flächensparenden Ansätzen vielfach den Weg ebnen. Allerdings ist das Ersatzgeld kein Selbstläufer, da es prinzipiell auch für den Ankauf landwirtschaftlicher Flächen eingesetzt werden kann.

Das von der Niedersächsischen Lottostiftung geförderte Projekt der Stiftung Kulturlandpflege „Grüne Herzen Niedersachsens“ ist sehr erfolgreich gelaufen;



Björn Rohloff
Stiftung
Kulturlandpflege



20 Projekte in ebenso vielen Gemarkungen wurden damit unterstützt.

Da noch Restmittel zur Verfügung stehen, können noch Anträge von Jagdgenossenschaften und Grundeigentümern gestellt werden, wenn die Maßnahmen in der ersten Jahreshälfte 2010 durchgeführt und abgerechnet werden. Gefördert werden biotopverbessernde Maßnahmen in der freien Landschaft, wie z.B. die Anpflanzung von Hecken und Feldgehölzen, aber auch deren Pflege. Die Anlage von Obstwiesen oder Naturteichen ist ebenfalls förderfähig. Dabei stehen die Nachhaltigkeit und auch die Gemeinnützigkeit der Maßnahmen im Vordergrund. Nicht förderfähig sind Maßnahmen mit nur geringem gemeinnützigem Anteil, wie z.B. das Pflanzen von Obstbäumen in privaten Hausgärten. Antragsformulare und weitere In-

formationen zur Stiftung sind im Internet verfügbar unter www.stiftungskulturlandpflege.de

Der langjährige Stiftungsbeauftragte im Kreis Northeim, Kreisjägermeister und ehemalige Forstbeamte Winfried Müller hat den Stiftungspreis der Stiftung Kulturlandpflege für das „Projekt des Jahres 2009“ erhalten. Winfried Müller engagiert sich seit Jahrzehnten in Naturschutzprojekten in seiner Region. Als Vorsitzender des Solling-Heimatvereins Delliehausen sowie als Kreisjägermeister hat er die Pflanzung von über 80 Gehölzinseln und Wildhecken in der Region Uslar und im gesamten Landkreis angeregt, geplant und bei allen Projekten selbst mitgewirkt.

Für die Stiftung Kulturlandpflege koordinierte er im Landkreis Northeim zahlreiche Förderprojekte

Winfried Müller aus Delliehausen erhält den Stiftungspreis des Jahres 2009



Der „Große Teich“ in Wierthe stand im Sommer 2009 kurz vor dem Austrocknen. Seit Oktober 2009 sorgt eine Grundwasserpumpe für einen Wiederanstieg des Wasserspiegels



Zahlreiche Blühstreifen entstanden im „Biotopverbund der Stadt Uslar“.



und war in den Jahren 2003 bis 2008 als Stiftungsbeauftragter maßgeblich an der Umsetzung der LEADER-Plus Projekte „Biotopverbund Uslar“ und „Saatgutbank zur Anlage von Blühstreifen“ beteiligt. Im Rahmen dieser Projekte wurden zahlreiche Blühflächen, Streuobstwiesen und andere Biotope angelegt werden. Mit der Preisvergabe hat die Stiftung Kulturlandpflege eine Person geehrt, die selbst zwar nie Fördermittel bei der Stiftung Kulturlandpflege beantragt hat, dafür aber umso häufiger den entscheidenden Anstoß gegeben und oftmals die Durchführung der Maßnahmen selbst koordiniert hat.

Im Jahr 2007 übernahm die Stiftung Kulturlandpflege die ehemaligen Zuckerfabriksteiche in Wierthe im Landkreis Peine mit dem Ziel, die Teichflächen als Lebensraum für Wasservögel zu erhalten. Zu diesem Zweck wurde ein Grundwasserbrunnen gebohrt. Seit Oktober 2009 ist eine Grundwasserpumpe in Betrieb, um das 9 ha große Hauptgewässer langfristig mit Grundwasser zu speisen und dauerhaft zu erhalten.

Im Rahmen der Flurbereinigungen Krempel im Landkreis Cuxhaven sowie in Betheln im Kreis Hildesheim hat die Stiftung Kulturlandpflege Biotopflächen übernommen, die von den örtlichen Jagdgenossenschaften betreut werden.

Rübenanbau mit großem Potenzial

Im Jahr 2009 wird die letzte Preissenkungsstufe der Zuckermarktreform umgesetzt. Damit sind nochmals deutliche Einkommenseinbußen für Rübenanbauer und Zuckerindustrie verbunden. Das nun erreichte Rübenpreisniveau soll bis 2015 unverändert bleiben. Durch die erneut deutlich gesunkenen Preise für alternative Ackerkulturen aber auch aufgrund des stabilen Ertragsniveaus ist der Rübenanbau in seiner Wettbewerbsfähigkeit wieder deutlich gestärkt. Erstmals kommt in der laufenden Kampagne das Treuebonussystem zur Geltung, es soll den Anbau von Übrüben bis zu einer Erfüllung des Quotenlieferrechts von 110 Prozent deutlich attraktiver machen.

Rübenanbau eingeschränkt – 2009 wurden im Verbandsgebiet des Dachverbands Norddeutscher Zuckerrübenanbauer e.V. (DNZ) gut 149.000 ha Zuckerrüben angebaut. Dies entspricht etwa dem Vorjahresniveau. Damit stabilisiert sich nunmehr die Rübenanbaufläche nach den schmerzlichen Einschnitten durch das Restrukturierungsprogramm. Die Rübenaussaat begann in einigen Regionen bereits Ende März und war bis Mitte April abgeschlossen. Insgesamt erfolgte die Aussaat zwei Wochen früher als im Vorjahr. Trotz der anschließenden trockenen Witterungsverhältnisse entwickelten sich die Rübenbestände insgesamt sehr gut. Zum Teil waren „Etagenrüben“ zu beobachten. Während der gesamten Vegetationsperiode bis zum Erntebeginn Mitte September herrschten vielerorts langanhaltende Trockenphasen. Im Vergleich zum langjährigen Mittel fielen nur unterdurchschnittliche Niederschläge.

Überdurchschnittliche Zuckerernte – Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses lagen die Zuckererträge im Verbandsgebiet des DNZ auf einem sehr erfreulichen Niveau. Die aktuelle Schätzung ergibt einen durchschnittlichen Rübenanbauertrag von 64 t/ha (2008 = 59,8 t/ha) bei einem sehr hohen Zuckergehalt von 18,2 % (2008 = 18,1 %). Daraus resultiert wiederum ein hoher Zuckerertrag von 11,7 t/ha (2008 = 10,8 t/ha). Die Gesamtabzüge für Erdbesatz und Kopfanteile waren zum Erntebeginn sehr niedrig, stiegen dann witterungsbedingt auf 9,1 % im Mittel aller Fabriken und lagen damit über dem Vorjahreswert (8,6 %). In der zum Zeitpunkt der Drucklegung noch laufenden Kampagne 2009 werden aus insgesamt etwa 9,3 Millionen t Rüben (Vorjahr 8,8 Mio. t) rund 1,5

Mio. t Zucker (2008: ebenfalls ca. 1,5 Mio. t) und 180.000 m³ Bioethanol hergestellt. Die Verarbeitung der Rüben erfolgte in den fünf Werken der Nordzucker AG an den niedersächsischen Standorten Clauen, Nordstemmen, Schladen und Uelzen sowie in Sachsen-Anhalt im Werk Klein Wanzleben. In Anklam (Mecklenburg-Vorpommern) befindet sich eine weitere Fabrik, die nunmehr zum niederländischen Zuckerhersteller Suiker Unie gehört. Die Rübenverarbeitungskampagne begann am 11. September und wird voraussichtlich in der ersten Januarhälfte in allen norddeutschen Werken beendet sein.

Keine weitere Kürzung der Rübenzuckerquote – Im Zuge der Nachbesserungen am Restrukturierungsprogramm ist die angestrebte Marktbereinigung in der europäischen Zuckerlandschaft vorerst abgeschlossen. Nach den derzeit vorliegenden Erkenntnissen sind aus Sicht des DNZ weitere Kürzungen der Rübenzuckerquote nicht mehr erforderlich. Die aus dem Restrukturierungsfonds geleisteten Beihilfen sind früher als ursprünglich geplant an Rübenanbauer und Zuckerindustrie ausgezahlt worden. Angesichts einer von Finanz- und Wirtschaftskrisen gezeichneten Zeit war dies eine sehr wirksame Hilfe für den Zuckersektor.

Außenschutz erhalten – Für die Zukunft ist insbesondere der Außenschutz für Zucker bei der WTO abzusichern, damit die Zuckerproduktion aus Rüben langfristig gegenüber Rohrzucker aus Ländern mit geringeren Sozial- und Umweltstandards wettbewerbsfähig bleibt. Dies gilt ebenso für Bioethanol aus heimischen Rohstoffen. Auch hier müssen Bundesregierung und EU-Kommission verbesserte Rahmenbedingungen schaf-



Dr. Heinrich-Hubertus Helmke
Geschäftsführer DNZ



fen, die eine wirtschaftliche Entwicklung der getätigten Investitionen gewährleisten. Ferner sind internationale Standards für die nachhaltige Produktion von Biokraftstoffen zu etablieren, die wirksam kontrolliert werden und nicht einseitig zu neuen bürokratischen Auflagen für heimische Produzenten führen.

Produktionsabgabe muss abgeschafft werden –

Im Rahmen des Gesundheits-Checks zur Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union ist es leider nicht gelungen, die überflüssigen Elemente der Zuckermarktverordnung kritisch zu überprüfen. Noch immer werden Rübenanbauer und Zuckerindustrie mit Produktionsabgaben von 12 Euro je Tonne Zuckerquote belastet. Für die Rübenanbauer bedeutet das eine jährliche Sonderabgabe von rund einem Euro je Tonne Quotenrüben oder etwa 60 Euro je Hektar. Das Geld fließt in den Finanzhaushalt der EU, ohne dass dafür noch Gegenleistungen, wie z.B. Exporterstattungen gewährt werden. Die Produktionsabgabe ist daher aus Sicht des DNZ nichts anderes als ein Strafzoll, der die Wettbewerbsfähigkeit des Rübenanbaus und der Zuckerproduktion aus Rüben unnötig und ungerechtfertigt belastet. Vor diesem Hintergrund ist diese Wettbewerbsverzerrende Zwangsabgabe sowohl aus markt- als auch aus haushaltspolitischer Sicht nicht mehr zu rechtfertigen und muss deshalb kurzfristig abgeschafft werden.

Erstmalig Rübenanbau mit Treuebonus-System –

Mit dem Zuckerrübenlieferungsvertrag 2009 haben Nordzucker und DNZ ein neues System eingeführt, um eine sichere Vertragsmengenerfüllung zu honorieren. Dies war eine zentrale Forderung des DNZ, mit der die Rübenanbauer zukünftig bessere Planungssicherheit bekommen. Der Lieferrechtspool stellt ein sehr flexibles Element zur jährlichen Anpassung der Vertragsmenge an die geplante Anbaufläche dar. Außerdem werden durch den Treuebonus neue finanzielle Anreize geschaffen, die den Anbau von Überrüben in bestimmtem Umfang wirtschaftlich interessant werden lassen.

Rübenanbau mit großem Potenzial –

Mit der Rüben-ernte 2009 wird erneut das große Potential der süßen Feldfrucht deutlich. Der DNZ ist deshalb zuversichtlich, dass die norddeutschen Zuckerrübenanbauer die anstehenden Herausforderungen im Wettbewerb mit anderen Regionen, Feldfrüchten und Verwertungsmöglichkeiten auch künftig bestehen können. In diesem Zusammenhang gilt ein besonderes Augenmerk dem technischen Fortschritt im Zuckerrübenanbau. Zu nennen sind hier die Züchtung leistungsfähiger Sorten, die Gewinnung von Biogas, eine Verbesserung der Erntetechnik sowie die Weiterentwicklung der Methoden zur Qualitätsbewertung von Zuckerrüben. Dabei unterstützt der DNZ auch die Akzeptanz biotechnologischer Verfahren, sofern diese einen erkennbaren Nutzen für Landwirtschaft und Verbraucher ermöglichen.

Auf großes Besucherinteresse stieß der norddeutsche Rüben-Tag im Herbst 2008 in Wunstorf.



Zuckerrüben und Zuckerfabriken sind aus den Ackerbauregionen Niedersachsens nicht weg zu denken.

Wunsch nach frischem gesundem Obst

Dieser Verbraucherwunsch besteht trotz verbreiteter Krisenstimmung und Kaufzurückhaltung. Das motiviert den Obstbauern jeden Tag und hilft über die schwierige diesjährigen Obstvermarktung hinweg. Die Preissenkungswelle des Lebensmitteleinzelhandels hat den Obstbau erreicht.

Wenn der Discounter mit unter 90 Cent für zwei kg Äpfel wirbt, ist das für den Erzeuger mehr als deprimierend und immer wieder ein Ansatzpunkt der Fachgruppe Obstbau, mit den bundesweiten Chefeinkäufern im LEH in die Diskussion zu kommen. Argumente gegen ein Verschleudern von Obst und anderen Lebensmitteln gibt es genug. Fordern wir den Verbraucher also auf, die Chance des günstigen Preises zu nutzen und beherzt zum gesunden heimischen Apfel zu greifen. Ist doch der Apfel der Werbeträger schlechthin. Mit seiner positiven Natürlichkeit wird in vielen Branchen, gerne auch für Dienstleistung, geworben. Der heimische Apfel ist der Inbegriff für eine natürliche und gesunde Ernährung und seine Herkunft aus der unmittelbaren Region für den bewussten Konsumenten ein starkes Kaufargument.

Das sollte auch für den Apfelsaft gelten. Sorgfältig gepresst, liefern die vielen heimischen Apfelsorten ein schmackhaftes, gesundes und preiswertes Getränk und versprechen Genuss aus der Region. Das schafft Vertrauen und Sicherheit. Ein guter Apfelsaft braucht einen guten Apfel. Und die besten Äpfel wachsen in der Nähe. Der Getränkemarkt gilt heute als gesättigt. Eine unüberschaubare Vielfalt an Fruchtsäften und anderen Getränken steht dem Verbraucher zu Verfügung. Die niedersächsischen Obstbauern haben mit ihrer Apfelfruchtpalette und der nachvollziehbaren Herkunft ein wichtiges Werbeargument für den Verbraucher in der Hand. Wie ein sehr guter Apfelsaft aus heimischen Äpfeln ganz ohne zusätzliche Vitaminbeigaben schmecken kann, können die Besucher der Obsthöfe, auf Wochenmärkten und in ausgewählten Ladengeschäften erleben. Die Obstbauern rufen die Konsumenten dazu auf, bewusst der Herkunft mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Regionale Produkte bieten die vielen Vorteile, von frischer natürlicher Qua-

lität, den Erhalt von Region und Arbeitsplätzen bis hin zum Klimaschutz. Der niedersächsische Obstbau hält alle Details über den Apfel, den Apfelanbau, die Herstellung von Apfelsaft und die Qualitätssicherung bereit. Ein Geschmackserlebnis wartet. Regionalität kommt einfach gut an. Die Obstbauern sind ständig in der Informationsoffensive.

Aktuelle Probleme im Obstbau und die gemeinsame Suche nach Lösungsansätzen bestimmten die Arbeit in der der Fachgruppe Obstbau. Die Situation bei der Zulassung notwendiger Pflanzenschutzmittel hätte in diesem Frühjahr nicht dramatischer sein können. Eine nervenaufreibende und anstrengende Situation für alle Beteiligten. Der unermüdliche Einsatz der Fachgruppe Obstbau, die konstruktive Zusammenarbeit mit den Fachberatern und die kooperative Haltung des Bundesamtes für Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz (BLV) haben schließlich zu einer befriedigenden Lösung beigetragen. Es bleibt die zwingende Aufgabe, Angebote zur Lückenschließung zu schaffen, damit auch in Zukunft die Produktion aller Kulturen in Deutschland möglich ist.

Eine effektive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit spricht viele unterschiedliche Zielgruppen an. Sie stärkt das Image des Obstbaus und schafft Vertrauen in die Leistungen der Obstbauern. Nur wem die Menschen vertrauen, dem glauben sie auch Argumente. Der deutsche Obstbau und die staatlichen Behörden haben starke Argumente dafür, dass in der Produktion Qualität und Sicherheit garantiert werden. Die Einzelheiten über die Erzeugungsmethoden sind in bundeseinheitlichen Richtlinien festgeschrieben. Die deutschen Erzeuger legen also ihre Erzeugungsmethode für Jeden offen. Die Obstbauern laden daher alle Jahre



Bernd Eckhoff
Fachgruppe Obstbau



Die Apfelsaison wurde offiziell in Osten im Land Hadeln eröffnet, mit dabei Apfelkönigin Laura und Blütenkönigin Rebecca als Botschafter des Alten Landes an der Niederelbe.